

nunmehr die atomare Ausrüstung der Bundeswehr gegen den Volkswillen durchgesetzt. Angesichts dieser großen Gefahr für unser Volk hat sich unsere Parteiführung auch an die Delegierten des Stuttgarter Parteitages der SPD 1958 gewandt, um dieser Gefahr durch gemeinsames Handeln zu begegnen. In dem Brief an die Parteitagsdelegierten hieß es:

„Wenn zwischen den deutschen Arbeiterparteien in bedeutendem Maße Übereinstimmung in der Einschätzung der furchtbaren Gefahr der atomaren Aufrüstung Westdeutschlands besteht, dann ergibt sich daraus die unbedingte Notwendigkeit, sich über gemeinsame Schritte gegen die atomare Aufrüstung der Bundeswehr und für die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa zu verständigen.“¹

Die Rolle unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht im Kampf der deutschen Arbeiterklasse und aller friedliebenden Kräfte kommt darin zum Ausdruck, daß unsere Regierung und die Volkskammer alles getan haben und tun, um eine Entspannung und Verständigung in Deutschland zu erleichtern. Sie verzichtete auf die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und amnestierte zahlreiche Inhaftierte, die im Auftrage des Ostbüros der SPD gegen unsere Arbeiter-und-Bauern-Macht schwere Verbrechen begangen haben.

Dessenungeachtet hat die sozialdemokratische Parteiführung jede Verständigung abgelehnt und schadet durch ihre Hetze gegen die DDR und den Kommunismus ihrer eigenen Parteimitgliedschaft, der Sache der Arbeiterklasse und des Friedens.

Unter den westdeutschen Arbeitern und sozialdemokratischen Mitgliedern wächst jedoch die Erkenntnis der Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes der Arbeiterparteien und Gewerkschaftsorganisationen beider deutscher Staaten. Die der Arbeiterklasse selbst zum Schaden reichende Ablehnung der SPD, mit der SED und KPD zu einer Zusammenarbeit zu kommen, stößt bei den Mitgliedern und Funktionären der SPD und des DGB auf immer größeres Unverständnis und zunehmende Opposition. Das fand und findet seinen Ausdruck in dem Wunsch vieler sozialdemokratischer Mitglieder und Funktionäre nach Aussprachen mit führenden Genossen unserer Partei.

In der Zeit seit dem IV. Parteitag führten Mitglieder des Politbüros und des Zentralkomitees auf Wunsch sozialdemokratischer

¹ Neues Deutschland vom 18. Mai 1958.